

Europas Unterwerfung – die wahre Botschaft des amerikanischen Präsidenten Trump an die europäischen „Graeculi“

28.02.2026

Analyse der Münchner Sicherheitskonferenz 2026: Trumps implizite Forderung nach europäischer Unterwerfung, Merz' Plädoyer für ein souveränes Europa und Selenskyjs Appell um Unterstützung – eine Konferenz im Zeichen geopolitischer Machtverschiebungen und wachsender transatlantischer Spannungen.

???

Anmerkungen zur Münchner Sicherheitskonferenz 2026¹

Den Schlüsselsatz: „...wir fordern von Europa nicht, ein Vasall der Vereinigten Staaten zu sein“², sagte Präsident Trumps Emissär **Marco Rubio** *nicht* in seiner Rede auf der 62. Münchner Sicherheitskonferenz am 14. Februar 2026, sondern in der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem EU-feindlichen slowakischen Premierminister Robert Fico *nach* seiner Abreise aus München, und zwar in Bratislava am 15. Februar – und meinte damit genau das Gegenteil: Außenminister Rubio verkündete dieselbe Botschaft, die bereits Vizepräsident Vance im Jahr zuvor so unverblümt verkündet hatte: „Europa ist nur dann nützlich, wenn es sich unterwirft“ (Stephen Holmes).³

„Wir wollen nicht, dass Europa von uns abhängig ist, [...] wir wollen Europas Partner sein; wir wollen mit Europa zusammenarbeiten“, versicherte Rubio in seiner Rede⁴ auf der Münchner Sicherheitskonferenz, wobei sein Herr und Meister, Präsident Trump, unter Partnerschaft und Kooperation nichts anderes als Unterwerfung versteht. Trump persönlich respektiere Europa sehr, log Rubio; er wolle sich um Europa „kümmern“.

Die selbsterniedrigenden Ergebenheitsbekundungen europäischer Regierungspolitiker gegenüber den in Wirklichkeit unverschämten Ansprüchen des amerikanischen Präsidenten Trump im ersten Jahr seiner turbulenten zweiten Amtszeit bewirkten in Washington vermutlich nur Verachtung gegenüber den europäischen „Graeculi“.

Das Publikum, einschließlich einiger Mitglieder der deutschen Regierung in der ersten Reihe – Außenminister Wadeuphul („nicht aus Höflichkeit“⁵) und (aus Höflichkeit ?) auch Verteidigungsminister Pistorius – klatschte stehend Beifall, wohl aus Erleichterung über Rubios' schmeichelnde Worte und eingedenk des Schocks, den der amerikanische Vizepräsident J. D. Vance ein Jahr zuvor zur gleichen Zeit am gleichen Ort (auf der MSK 2025) mit der Aufkündigung der traditionellen transatlantischen Beziehungen ausgelöst hatte. Den Inhalt von Rubios' seidenen Worte hatten die europäischen Regierungspolitiker im Saal offenbar überhört.

Präsident Trump hatte zur „MSC 2026“ seinen Chef-Diplomaten Rubio entsandt, der – nach dem „bad cop“ Vance – den „good cop“ spielte, ganz im Sinne der bewährten Vernehmungstaktik der amerikanischen Polizei. Wie konnten die europäische politische Elite darauf hereinfallen?

Rubios' freundlich verpackte Aufforderung nach Unterwerfung Europas unter den Willen des megalomanen amerikanischen Präsidenten Donald Trump – und nach Inhalation einer ordentlichen Prise des politisch-pathologischen Virus des MAGA-Trumpismus – ging den meisten europäischen Staatsmännern im Saal erst nachträglich auf, so begierig waren sie nach *freund-lichen* Worten aus Washington (Rubio benutzte auffallend häufig das Wort „Freunde“).

Die im Saal versammelte politische Elite – etwa 60 Staats- und Regierungschefs teilweise mit den Mitgliedern ihrer Kabinette – beklatschte Rubios' trumpistische Forderung nach totaler Korrektur der „gemeinsam begangenen Fehler“, der „Umgestaltung“ der bisherigen falschen Politik – nämlich der Überschätzung „liberaler Werte“.

Trumps Bemühung um eine Reform der Weltordnung geschehe auch aus Sorge um Europa, um die gemeinsame amerikanisch-europäische Zukunft, um die „westliche Zivilisation“, fabulierte Rubio. „Wir wollen, dass Europa stark ist. Wir glauben, dass Europa überleben muss, denn das Schicksal Europas wird immer mit unserem

verbunden sein“, beteuerte Rubio – unter epischer Erinnerung an die gemeinsame Vergangenheit Europas und Amerikas, deren politisch-moralische Schattenseiten (Ausrottung der indigenen Kulturen, Sklaverei) ignorierend. „Wir sollten ein neues „westliches Jahrhundert“ schaffen“, forderte Rubio. Die USA seien bereit, dies alleine zu tun. „Aber wir hoffen, dass wir dies gemeinsam mit Ihnen, mit unseren Freunden hier in Europa, tun können.“

Europa habe seine Souveränität an multilaterale Institutionen abgegeben, klagte Rubio. Zur Beschwichtigung der besorgten Europäer bekräftigte Rubio die transatlantische Zusammengehörigkeit und Zusammenarbeit – aber auf Basis „gemeinsamer“, d. h., von den USA veränderter Prinzipien, in denen nicht multilaterale Regeln, sondern nationale Interessen wieder im Zentrum stünden.

Nicht von ungefähr fördert die Trump-Administration gezielt nationalistische, anti-EU-Parteien in Europa. Er hält die Europäische Union für einen Feind („foe“), die gegründet wurde, um die USA auszunutzen.⁶ Demonstrativ besuchte Rubio nach seinem Auftritt in München die Slowakei und Ungarn, deren Premierminister Robert Fico und Viktor Orban bereits eine nationalistische, EU-feindliche Politik verfolgen – um zu zeigen, welches Europa sich die Trump-Administration wünscht.

Die Propagierung nationalistischer Ideen durch die amerikanische Regierung reflektiert nicht nur die regressive Ideologie der MAGA-Bewegung („America first“), sondern hat ein neo-imperialistisches Ziel: Die Schwächung, wenn nicht die Zerstörung von internationalen Zusammenschlüssen wie die Europäische Union, um amerikanische Einflussnahme *auf* und Verhandlungen *mit* vereinzelt kleinen und mittleren Nationen durch die mit großem Abstand größte und stärkste Nation, die USA, zu erleichtern.

Rubio bezeichnete die Idee, internationale Institutionen könnten nationale Interessen ersetzen, als „gefährliche Illusion“. Er stellte nationale Souveränität über internationale Normen; internationale Regeln dürften nicht dazu führen, dass Staaten schwächer würden. „Wir dürfen die globale („gefährlich überbewertete“) Ordnung nicht länger über die nationalen Interessen unserer Länder stellen.“ Dass China in das ordnungspolitische Vakuum, das die Trump-Administration gegenwärtig schafft,⁷ vorstoßen und der Welt seine Regeln oktroyieren wird, scheint in Washington nicht befürchtet zu werden.

Die USA und Europa „gehören zusammen“. Ihre Schicksale seien „miteinander verflochten“, sagte Rubio; Amerika wolle ein „wiederbelebtes Bündnis“ mit einem „starkem Europa“; allerdings müsse Europa seinen – durch Massen-Immigration bewirkten – kulturellen Niedergang rückgängig machen.

Die Vereinigten Staaten und Europa hätten eine „gemeinsame Zukunft“, eine Zukunft, die „so lebendig ist wie die Vergangenheit unserer Zivilisation“, versicherte Rubio; es ist allerdings eine Zukunft ohne Vision, eine in die Zukunft projizierte Vergangenheit (Stephen Holmes) – „Nostalgie verkleidet als Ziel“.⁸

„Wir (Amerika) werden immer ein Kind Europas bleiben“, tröstete Rubio die alte Mutter Europa – und schickte sie aufs Altenteil. Rubio betreibt diplomatische Identitätspolitik. Die (unbestrittene) „familiäre“ Verwandtschaft ist heute laut Rubio das Bindemittel zwischen den USA und Europa – nicht deren Überhöhung durch gemeinsame Normen und politische Ideen wie „Rule of Law“, Aufklärung, Gewaltenteilung, die in Europa ihre Wurzeln haben – und auch nicht mehr gemeinsame strategische Interessen.

Auf diese amerikanische Herausforderung, auf diesen neuen „défi américain“, ⁹ muss Europa nicht, wie Rubio im Namen Trumps fordert, die Souveränität seiner Nationalstaaten stärken, sondern seine Integration vorantreiben. Um sich in der neuen Welt der Großmächte behaupten zu können, muss die Union europäischer Staaten eine europäische Nation werden, muss die Europäische Union zu den Vereinigten Staaten von Europa werden – so wie aus den Vereinigten Staaten von Amerika¹⁰ im Selbstverständnis der Amerikaner die amerikanische Nation („American nation“ im politischen Sinne) wurde. (Es war Abraham Lincoln, der als erster den Begriff „nation“ als Alternative zu „union“ benutzte.¹¹)

Alles in allem war die Rede des amerikanischen Außenministers Marco Rubio auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2026 „merde dans un bas de soie“ („Scheiße im Seidenstrumpf“), wie Napoleon vermutlich angemerkt hätte – hätte er im Bayrischen Hof in der ersten Reihe gesessen.¹²

Der deutsche Kanzler **Friedrich Merz** – er war während Rubios' Rede nicht im Saal – hatte am Tag zuvor (am 13. Februar) in seiner Eröffnungsrede¹³ einen gegensätzlichen Akzent gesetzt. Merz griff einen diesbezüglichen Satz Wolfgang Ischingers,¹⁴ des Präsidenten des Stiftungsrates Münchner Sicherheitskonferenz, auf: Autokratien mögen Gefolgschaften – d. h. „Vasallen“¹⁵ – haben; Demokratien haben Partner und Verbündete.

Friedrich Merz bekannte sich in seiner Münchner Rede zum Völkerrecht und zur regelbasierten internationalen Ordnung. Er konstatierte, dass eine neue Zeit angebrochen sei, die „einmal mehr von Großmachtpolitik geprägt“ sei. Eine Welt, in der nur Macht zähle, sei „ein finsterer Ort“. Deutschland werde dieses Spiel nicht mitspielen, sagte der deutsche Kanzler, und verwies auf das „Dritte Reich“: „Unser Land ist diesen Weg im zwanzigsten Jahrhundert bis zum bitteren Ende gegangen.“

Die 62. Münchner Sicherheitskonferenz (MSC 2026) vom 13. bis 15. Februar 2026 stand unter dem düsteren Thema „Under Destruction“. Und darum geht es der Administration des amerikanischen Präsidenten Donald Trump – um die Zerstörung der internationalen (Nachkriegs-)Ordnung, die auf Regeln basiert. Und die weltanschauliche Begründung dafür verkündete Trumps Bote Rubio in München. Dem Kulturkampf der MAGA-Bewegung, den Rubio in seiner Rede einen Tag später den Europäern zur Nachahmung empfahl, erteilte Merz eine Absage.

Sicher, für die „Zeitenwende“ steht buchstäblich an vorderster Front Russland, namentlich sein Präsident Wladimir Putin, der mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine das „höchste internationale Verbrechen“ begangen hat: das „Verbrechen der Aggression“. Das, wie es damals hieß, „Verbrechen gegen den Frieden“ wurde in den Nürnberger Prozessen 1945–1946 als das schwerste völkerrechtliche Delikt eingestuft, da es das gesamte Unheil der nachfolgenden Kriegsverbrechen in sich trägt. In der Definition des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ist das „crime of aggression“ ein „leadership crime“, d. h., ein Verbrechen von Personen in Machtstellungen (in positions of high authority), die in der Lage sind, die politischen oder militärischen Aktionen eines Staates zu steuern – eine Definition, die par excellence auf den russischen Staatschef Putin zutrifft.

Doch auch die USA unter der Administration des Präsidenten Trump betreibt die Destruktion der regelbasierten Ordnung und eine prädatorische Außenhandelspolitik.¹⁶ Die neue Realität, die „Ära der Großmächte“, die zunächst einmal anerkannt werden müsse, sei kein unabänderliches Schicksal; sie könne gestaltet werden, sagte der deutsche Kanzler Friedrich Merz „Wir werden in dieser Welt unsere Interessen und unsere Werte bewahren“.

Der bekennende „Transatlantiker“ Merz bedauerte in München die „Kluft“ in den transatlantischen Beziehungen und äußerte den Wunsch, die „Werte-Partnerschaft zu reparieren“. Russland und China würden die „Rückkehr zur Großmachtpolitik“ („great power politics“) betreiben, behauptete er, während die USA lediglich auf diese Entwicklung reagierten.¹⁷ Es ist nicht klar, ob März diese Feststellung selbst glaubt, oder ob er sie nur geäußert hat, um den „Keiltreiber“ Trump für die Wiederherstellung des traditionellen Verhältnisses zwischen den USA und Europa zu gewinnen. Die Neuordnung der Welt durch große Mächte vollziehe sich schneller, als Europa sich stärken könne, sagte Merz. Dies sei eine geopolitische Realität, die es nicht erlaube, die USA als Partner „abzuschreiben“.

Deutschland behaupte seine Souveränität nur mit seinen europäischen Nachbarn und mit seinen Verbündeten. „Ein souveränes Europa ist unsere beste Antwort auf die neue Zeit.“ Europa zu einen und zu stärken sei heute unsere vornehmste Aufgabe. Europa müsse ein „geopolitischer Faktor“ werden – mit einer eigenen sicherheitspolitischen Strategie. Höchste Priorität habe die Stärkung der NATO *innerhalb* Europas.

Im Widerspruch dazu erklärte Merz im gleichen Atemzug, es müsse eine *neue* transatlantische Partnerschaft etabliert werden. „Wir müssen diesseits und jenseits des Atlantiks zu dem Schluss kommen: Zusammen sind wir stärker.“¹⁸

Niemand habe Europa in die übermäßige Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten gezwungen; diese Unmündigkeit sei selbstverschuldet. Diesen Zustand lassen wir jetzt aber hinter uns – nicht, indem wir die NATO

abschreiben, sondern indem wir im Bündnis im eigenen Interesse einen selbsttragenden europäischen Pfeiler errichten: Doch wir halten an der transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft mit den USA fest, solange wir unsere Sicherheit nicht aus eigener Kraft gewährleisten können.

Wir halten fest an internationalen Organisationen: „Globale Aufgaben werden wir nur gemeinsam lösen.“ In Zeiten der Rivalität zwischen Großmächten seien auch die Vereinigten Staaten nicht mächtig genug, um alleine bestehen zu können. Teil der NATO zu sein, sei nicht nur ein Wettbewerbsvorteil für Europa, sondern auch für die Vereinigten Staaten.

„Wir teilen das fundamentale Interesse an einer politischen Ordnung, in der wir auf Verabredungen vertrauen können, in der wir zur gemeinsamen Bewältigung globaler Probleme imstande sind. Wir teilen die Erfahrung, dass Völkerrecht und internationale Organisationen unserer Souveränität, unserer Unabhängigkeit und auch unserer Freiheit dienen.“ Das „wir“ (Europäer) mit den Vereinigten Staaten etwas „teilen“, so lange Donald Trump das Amt des Präsidenten innehat, ist eine Selbsttäuschung; sollte Merz dies selbst glauben, dann macht sich der deutsche Kanzler etwas vor.

In einer Welt zunehmender Spannungen müsse Europa seine eigenen Werte bewahren, seine Freiheit schützen und seine Stärken ausbauen, betonte Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Europa sei heute „wertvoller denn je“;¹⁹ in diesem Punkt hat er Recht.

--

„Was wir bei dem russischen Einmarsch am 24. Februar (2022) gebraucht hätten, wären Einheit, Entschlossenheit und Geschwindigkeit (der westlichen Verbündeten) gewesen“, sagte der ukrainische Präsident **Wolodymyr Selenskyj** in seiner seiner Rede²⁰ auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 14. Februar (2026); es habe Monate und Jahre gedauert, ehe dringend benötigte Waffensysteme geliefert worden seien.

In der Tat ist es dieser anfänglichen Zögerlichkeit bei der militärischen Unterstützung der Ukraine seitens ihrer Verbündeten – namentlich des amerikanischen Präsidenten Biden und des deutschen Kanzlers Scholz – geschuldet, dass der russische Angriffskrieg in einen Abnutzungskrieg überging.

Bei allem Verständnis für die Furcht vor einer Eskalation des Krieges und für die Sorge, in diesen hineingezogen zu werden, kann heute mit Fug und Recht gesagt werden: Hätte „der Westen“ die ukrainischen Streitkräfte in den ersten beiden Kriegsjahren schnell mit *den* Waffen unterstützt, die sie für die Zurückschlagung der russischen Truppen brauchten, dann würde der Krieg heute nicht in sein fünftes Jahr eintreten.

Selenskyj dankte in seiner Rede den Verbündeten der Ukraine für ihre bisherige Unterstützung. Zugleich bat er eindringlich um weitere Raketen für die Flugabwehr, um die ukrainische Energieversorgung in dem ungewöhnlich harten Winter 2025 / 2026 vor russischen Luftangriffen zu schützen. Russland habe seine Angriffswaffen während des Krieges weiterentwickelt. Um mithalten zu können, brauche die Ukraine jetzt schnell weitere Unterstützung bei der Verteidigung.

NATO-Generalsekretär Mark Rutte unterstützte Selenskyjs Appell. „Haltet sie stark in ihrem Kampf“ („Keep them strong in their fight“) rief Rutte den Teilnehmern der MSK zu. „Sie werden es schaffen, aber sie brauchen unsere Unterstützung.“ Russland sei nicht dabei, den Krieg gegen die Ukraine zu gewinnen, so Rutte weiter. Die russische Armee habe im Dezember (2025) und Januar (2026) 65.000 Soldaten verloren. „Und ihre Geländegewinne sind so klein, dass sie fast nicht relevant sind.“

Der US-amerikanische Außenminister Rubio erwähnte in seiner Rede die Ukraine nur am Rande – aber mit einer bemerkenswerten Nuance: „Wir wissen nicht, ob die Russen es ernst meinen mit der Beendigung des Krieges“.²¹ Bislang galt der ukrainische Präsident Selenskyj in der Trump-Administration als „Haupthindernis“ auf dem Weg zum Frieden.

Nach seiner Rede von Wolfgang Ischinger auf die Ukraine angesprochen sagte Rubio: Die USA wollten ein Abkommen, mit dem die Ukraine „leben kann“ und das Russland „akzeptieren kann“.²²

Am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz (2026) fand ein Treffen der Ukraine-Unterstützer im sogenannten „Berlin-Format“²³ statt. Neben dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Bundeskanzler Friedrich Merz nahmen u. a. der britische Premierminister Keir Starmer, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und NATO-Generalsekretär Mark Rutte daran teil. Beraten wurde über eine verstärkte militärische Unterstützung der Ukraine und über Hilfen für die Energie-Versorgung des Landes. US-Außenminister Rubio blieb dem Treffen fern – wegen seines „vollen Terminkalenders“, wie ein Vertreter der US-Regierung sagte.

Der deutsche Kanzler Friedrich Merz hatte in seiner Eröffnungsrede gesagt: „Wir unterstützen die Ukraine in ihrem tapferen Widerstand gegen den russischen Imperialismus. Wir tun das diplomatisch, wir tun das politisch, wir tun es ökonomisch, aber wir tun es natürlich auch militärisch“.

Polens Ministerpräsident Donald Tusk sagte, die Ukraine verdiene den „größten Respekt der gesamten freien Welt“ („greatest respect of the whole free world“), da sie den höchsten Preis im Widerstand gegen Russland zahle.

In den Verhandlungen simuliert Russland nicht einmal Willen zum Frieden, sondern beharrt – im Vertrauen auf seinen „Endsieg“? – ohne das geringste Zugeständnis auf seinen Forderungen, insbesondere auf der Abtretung des Donbass einschließlich des von der Ukraine gehaltenen Teils. Mit einem baldigen Durchbruch sei nicht zu rechnen, hatte Friedrich Merz am Rande des EU-Afrika Gipfeltreffens Ende November 2025 in Luanda (Angola) gesagt.²⁴

Auf dem CDU-Parteitag am 20. Februar (2026) in Stuttgart betonte der CDU-Parteivorsitzende Merz, wie wichtig es sei, die Ukraine „nicht im Stich zu lassen“, und versicherte, dass Deutschland die Ukraine „ohne Wenn und Aber“ unterstütze.²⁵ In München versicherte der deutsche Kanzler Friedrich Merz dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, „dass auf Deutschland als gegenwärtig größter Unterstützer der Ukraine weiter Verlass sein werde“²⁶. Sein Wort in Gottes Ohr!

26. Februar 2026, **Winfried Schneider-Deters**

Fußnoten

¹ Graeculi (Sing. Graeculus) – lateinisch „Griechlein“; abfälliger Begriff der Römer für die Griechen, eine Mischung aus Verachtung und Anerkennung ihrer Bildung.

² „We don t want Europe to be dependent on us, we re not asking Europe to be a vassal of the United States. We want to be your partner. We want to work with Europe. Quelle: Sandor Zsiros: [„Washington does not need vassals, but strong partners,“ Rubio tells Europe](#), in: Yahoo news, 15/02/2026;

³ Stephen Holmes: [Rubio's Silk-Stocking Diplomacy](#), in: Project Syndicate, Feb 15, 2026;

⁴ [U.S. Department of State, Secretary of State Marco Rubio at the Munich Security Conference, remarks](#), Munich, February 14, 2026;

⁵ Wie er Maybritt Illner in ihrer politischen Talkshow am 19. Februar verriet.

⁶ Interview in der CBS-Sendung „Face the Nation“, ausgestrahlt am 15. Juli 2018.

⁷ Präsident Trump verfügte den Austritt der USA aus über 60 internationalen Organisationen.

⁸ Stephen Holmes: [Rubio's Silk-Stocking Diplomacy](#)
sugar-coated-jd-vance-racism-by-stephen-holmes-2026-02, in: Project Syndicate, Feb 15, 2026;

⁹ Vor fast 60 Jahren (1967) forderte Jean-Jacques Servan-Schreiber in seinem Buch « Le défi américain » die Veränderung der französischen (implizit auch der europäischen) Industrie, um der zunehmenden Abhängigkeit von den USA zu entgehen.

¹⁰ Ursprünglich "The United Colonies of North-America" – so der offizielle Name.

¹¹ als Lösung des Regionalkonflikts („Sectional warfare“) im 19. Jahrhundert.

¹² Eine von Napoleon überlieferte Beschreibung seines Außenministers Talleyrand, die Stephen Holmes bei der Verfolgung der Rede des amerikanischen Außenministers Rubio in den Sinn kam. Stephen Holmes ist Professor of Law an der New York University School of Law and Berlin Prize Fellow an der American Academy in Berlin. Quelle: Stephen Holmes: [Rubio's Silk-Stocking Diplomacy](#), in: Project Syndicate, Feb 15, 2026;

¹³ Die Bundesregierung, Rede von Bundeskanzler Merz bei der Münchner Sicherheitskonferenz, [„Unsere Freiheit behaupten wir mit unseren Nachbarn“](#), München, 13. Februar 2026;

¹⁴ Wolfgang Ischinger ist seit Februar 2025 erneut Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, also auch der MSK 2026. Zitat nicht eigenständig dokumentiert.

¹⁵ Ein Vasall war im Fränkischen Reich (5.- 9. Jahrhundert) ein Freier, der in einem persönlichen Treueverhältnis (Vasallentreue) zu einem Schutzherrn stand und ihm dafür Gefolgschaft schuldete.

¹⁶ Der amerikanische Politikwissenschaftler Stephen Walt (Harvard University) nennt Präsident Trumps außenpolitische Machtausübung „predatory hegemony“ („ausbeuterische Hegemonie“) im Gegensatz zu der „wohlwollenden Hegemonie“ (benevolent hegemony) seiner Vorgänger. Stephen M. Walt: [The Predatory Hegemon](#), in: Foreign Affairs, March/April 2026;

¹⁷ International Politics and Society, Interview mit Stephen Walt: [‘It’s actions now that count, not words’](#), in IPS, 17.02.2026;. Der Politikwissenschaftler Stephen Walt ist Professor für International Affairs an der John F. Kennedy School of Government, Harvard University, Cambridge, U.S.A.

¹⁸ Die Bundesregierung, Rede von Bundeskanzler Merz bei der Münchner Sicherheitskonferenz, [„Unsere Freiheit behaupten wir mit unseren Nachbarn“](#), München, 13. Februar 2026;

¹⁹ Ebda.

²⁰ PRESIDENT OF UKRAINE, VOLODYMYR ZELENSKYY, [Speech by the President of Ukraine at the Munich Security Conference](#), 14 February 2026;

²¹ Peter Hille: MSC: [Selenskyj warnt vor dem „Kriegs-Sklaven“ Putin](#), in: DW, 14. Februar 2026;

²² Radio Free Europe / Radio Liberty (RFE/RL): [Rubio: US And Europe ,Belong Together‘](#), February 14, 2026; Wörtlich sagte Rubio: „what we can’t answer and [what] we are going to continue to test is whether there is an outcome that Ukraine can live with and that Russia will accept and I would say that has been elusive up to this point.“

²³ „Berlin-Format“, in dem sich zahlreiche EU-Länder sowie die Spitzen der EU und der NATO am Rande der MSK 2026 trafen.

²⁴ Korbini Leo Kramer: [Merz Says No Breakthrough Expected in Ukraine Peace Talks This Week as Europe Stresses Sovereignty, Security Guarantees](#), in: Kyiv Post, November 24, 2025;

²⁵ Merz: [„Stehen an der Seite des ukrainischen Volkes ohne Wenn und Aber“](#), in: Berliner Tageszeitung; 20.02.2026;

²⁶ RedaktionsNetzwerk Deutschland: [„Auf uns ist Verlass“: Merz sagt Ukraine weitere Unterstützung zu](#), in: RND, 13.02.2026;

Autor: **Winfried Schneider-Deters** — Wörter: 3168

Winfried Schneider-Deters

Jahrgang 1938; Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Heidelberg.

1975 – 2003: Leiter von nationalen und regionalen Projekten der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika (Venezuela), Ostasien (Korea), Zentralasien und im Südkaukasus.

Von 1996 bis 2000: Aufbau und Leitung des „Kooperationsbüros Ukraine“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew.

Seit 2004: Freier Autor (Veröffentlichungen zur Innen- und Außenpolitik der Ukraine).

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.